

»Hinterm Horizont geht's weiter.« Zukunftserwartungen und Demokratievorstellungen im Angesicht der Energiewende¹

Stine Marg und Lucas Kuhlmann

Einleitung

Die deutsche Energiewende gilt gegenwärtig als internationales Musterbeispiel zur Bekämpfung des Klimawandels und ist innerhalb der Bundesrepublik wohl prominentester Ausdruck der Bemühungen um eine neue, umweltfreundlichere und nachhaltigere Gesellschaftsform (vgl. Radtke 2020; Jänicke 2013). Obwohl die politische Umsetzung von Nachhaltigkeitszielen ein von der Bevölkerung hochgradig akzeptiertes und eingefordertes valence issue ist (vgl. Bertsch et al. 2016; Zoellner/Schweizer-Ries/Wemheuer 2008), führt die soziotechnische Großtransformation in konkreten lokalen Räumen mitunter zu massiven Konflikten, die von unterschiedlichsten Personen(-gruppen) forcierter beziehungsweise ausgetragen werden (vgl. Kamlage/Engler/Sponheuer 2019; Reusswig et al. 2016; Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017) und in denen teils disparate Vorstellungen und Sichtweisen miteinander kollidieren (vgl. Krüger 2021).

Während in derartigen Auseinandersetzungen in der Regel nur wenige Akteur:innen aktiv involviert sind, stehen viele den Konflikten weitestgehend passiv gegenüber. Diese Gruppe, die in Öffentlichkeit und Wissenschaft nicht selten als »schweigende Mehrheit« (Allerbeck 1980: 69) adressiert wird, soll im vorliegenden Beitrag in den Blick genommen werden. Im Zentrum unserer Analyse stehen dabei die Erwartungen und

1 Die hier verwendeten Daten wurden im Rahmen des von der Mercator-Stiftung geförderten Verbundprojektes Demokon – Eine Demokratische Konfliktkultur für die Energiewende zwischen 2019 und 2022 erhoben. Für den wissenschaftlichen Austausch danken wir insbesondere Fritz Reusswig, Wiebke Lass und Seraja Bock vom Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung, Beate Küpper, Julia Schatzschneider und Nico Mokros von der Hochschule Niederrhein, Simon Teune und Marius Michel vom Institute for Advanced Sustainability Studies, Jörg Radtke und Emily Drewing von der Universität Siegen sowie Michael Welzer und Teike Scheepmaker vom Institut Raum und Energie. Überdies sei vor allem unseren (ehemaligen) Kolleginnen Julia Zilles, Nina Kerker und Diana Muth gedankt, die an der Datenerhebung mitgewirkt, vor allem aber die Diskussion der Ergebnisse äußerst produktiv beeinflusst haben.

Zukunftsvorstellungen, die sich in Anbetracht der Energiewende unter den – wie sie hier genannt werden – *Unbeteiligten* herausbilden.

Ausgangspunkt dieses Interesses ist der auch innerhalb der Literatur zuletzt verstärkt diskutierte Befund (vgl. exemplarisch Wagner/Matuszek 2022), dass die Energiewende als zukunftsweisendes Transformationsvorhaben mit beachtlicher Tragweite nicht nur eine ökologische, technische, ökonomische und gesellschaftspolitische, sondern ihrem Wesen nach auch eine ausgeprägte zeitliche Dimension besitzt. Analog zu den themenverwandten Begrifflichkeiten des *Klimawandels* und der *Nachhaltigkeit* (vgl. Lamping 2015; Blühdorn 2017) offenbart sich bereits in der Terminologie, noch offenkundiger in dem politisch-programmatischen Versprechen der Energiewende ein Anspruch auf Zukunftsgestaltung. Das gegenwärtige Modell der Energieversorgung soll zum Zwecke von Emissionssenkung und Klima- beziehungsweise Umweltschutz tiefgreifend umgestaltet werden, und zwar indem *zukünftig* verstärkt auf regenerative Energiequellen anstatt auf fossile Energieträger oder endlagerungsbedürftige Kernbrennstoffe zurückgegriffen wird (vgl. Radtke/Hennig 2013; Czada/Radtke 2018). Doch nicht nur die Zielsetzung der Energiewende ist temporal strukturiert; auch die vorgesehenen Mittel und Wege sind fest eingetaktet in einen Zeitplan, der mehrere, chronologisch aufeinanderfolgende Etappen vorsieht: erst die Abschaltung der letzten Atomkraftwerke zum Ende des Jahres 2022, dann der Kohleausstieg, der (nach gegenwärtiger Planung) im Jahr 2030 vollzogen sein soll, parallel dazu der beschleunigte Ausbau erneuerbarer Energien, um die Treibhausgasemissionen sukzessive abzusenken und bis zum Jahr 2050 schließlich Klimaneutralität zu erreichen – so sehen es die wichtigen nationalen wie internationalen Beschlüsse und Abkommen vor.

Obschon in dieser Zusammenschau politischer Maßnahmen ersichtlich ist, wie konstitutiv der Faktor Zeit für die gesellschaftliche Nachhaltigkeitstransformation ist, verblieben Temporalstrukturen in der Energiewendeforschung überraschend lange unberücksichtigt (vgl. Wagner/Matuszek 2022: 1). Erst in den letzten Jahren haben diese – wohl auch aufgrund einer breiteren, über Klassiker wie Luhmann (vgl. 1981) oder Elias (vgl. 1988) hinausreichenden Hinwendung der Sozialwissenschaft zu Fragen von Zeitlichkeit (vgl. besonders prominent Rosa 2005; Nassehi 2008) – vermehrt Berücksichtigung gefunden. Verwiesen wird seither auf die temporale Dimension konkreter energiewendepolitischer Instrumente, insbesondere des Kohleausstiegs (vgl. Wagner/Matuszek 2022; Osička et al. 2020), auf die national unterschiedlich definierten Zeitfenster und Geschwindigkeiten entsprechender Transformationsprojekte (vgl. Sovacool 2016; Delina 2019; Wagner/Matuszek 2022; Sovacool/Geels 2016), auf die Bedeutung von (potentiell demokratiegefährdenden) Dringlichkeits- und Beschleunigungsimperativen (vgl. Radtke 2022; Delina 2019; Delina/Sovacool 2018) und nicht zuletzt auf die symbolischen und prinzipiell umkämpften Deutungsangebote zur Entwicklung unseres Energiesystems, die als Zukunfts- respektive Energievisionen (vgl. Brugger et al. 2021; Sovacool et al. 2019; Sovacool 2019) oder sociotechnical imaginaries (vgl. Tidwell/Tidwell 2018; Smith/Tidwell 2016; Marquardt/Delina 2019; Delina 2018) konzeptualisiert werden.

Wir schließen an diese Überlegungen an und fragen danach, wie die an Konflikten rund um die Energiewende unbeteiligten Bürger:innen die zeitliche Dimension des politischen Projektes wahrnehmen. Die Unbeteiligten, die keine relevanten Einflussneh-

mer:innen oder Diskursteilnehmer:innen im Rahmen der Energiewende sind, wurden bislang kaum berücksichtigt, während Arbeiten über politische Gestalter:innen, das policy-making und die politisch-praktische Governance von Energiepolitik (vgl. Brugger et al.; Delina/Sovacool 2018) sowie über die symbolisch-mediale Ebene (vgl. Osička et al. 2020; Ruzzennenti/Wagner 2018) vorliegen. Daher möchten wir zeigen, dass sich in den auf die Energiewende beziehenden Narrationen und Interpretationen der Unbeteiligten verschiedene Zukunftserwartungen und darin beinhaltete Annahmen über erhoffte oder befürchtete Entwicklungstendenzen demokratischer Entscheidungsprozesse offenbaren (zum Verhältnis von Energiewende und Demokratie vgl. Haas/Sander 2018; Selk/Kemerzell/Radtke 2019). Ziel des Beitrags ist es, diese aufzudecken, zu konturieren und ihre Genese verständlich zu machen. Dafür greifen wir auf den Begriffsapparat des Historikers Reinhart Koselleck (2013) zurück und rekonstruieren auf der Basis umfangreichen qualitativen Interviewmaterials den (zukunftsgerichteten) *Erwartungshorizont* und den damit in einem spannungsreichen Verhältnis stehenden (vergangenheits- und gegenwartsbasierten) *Erfahrungsraum* der Unbeteiligten. Eine Orientierung an Koselleck verspricht dabei insofern produktive Einsichten (vgl. Schmieder 2020), als es – wie sich auch in Anlehnung an Smith und Tidwell (2016) vermuten lässt – nahe liegt, dass die Erzählungen der Unbeteiligten über das sich auf die Energiewende beziehende zukünftig Erwartbare (und Erwünschte) in einem engen Zusammenhang mit den vorausgegangenen Erfahrungen stehen.

Angeleitet durch das methodologische Paradigma der qualitativ-rekonstruktiven Sozialforschung (vgl. Bohnsack 2014) machen wir aus dem Reden über die Energiewende die »vergegenwärtigte Zukunft« (Koselleck 2013: 355) der Demokratie sichtbar, geben Einblicke in die Hoffnungen und Wünsche der Unbeteiligten, legen ebenso ihre Ängste, Sorgen und Befürchtungen offen und tragen so schlussendlich zu einem besseren Verständnis des gesellschaftlichen Ringens um Nachhaltigkeit und Klimaschutz sowie den damit einhergehenden Herausforderungen für die Gestaltung demokratischer Prozesse bei. Dazu gehen wir wie folgt vor: Zunächst wird das theoretisch-konzeptionelle Fundament des Beitrags dargelegt. Hierzu konturieren wir, erstens, das Konzept der Unbeteiligten und erläutern, zweitens, das Begriffsinstrumentarium Kosellecks, dem im Rahmen unserer Analyse zentrale Bedeutung zukommt. Auf eine kurze Darstellung der Materialbasis und des methodischen Vorgehens folgen sodann unsere Auswertungsergebnisse. Eine verdichtete Zusammenfassung und kritisch-reflexive Diskussion eben jener schließen den Beitrag ab.

Theoretisch-konzeptioneller Rahmen

Die Unbeteiligten in lokalen Energiewendekonflikten

Wie einleitend bereits angedeutet, stehen im Mittelpunkt unserer Analyse nicht – wie so oft – die wenigen aktiv involvierten Konfliktakteur:innen, sondern die vielen Zuschauer:innen. Uns geht es um das Publikum, vor dem der konkrete Energiewendekonflikt (also die lokale Auseinandersetzung um zum Beispiel die Errichtung von Windkraftanlagen oder Stromtrassen) ausgetragen wird. Dieser häufig als homogenes Kollektiv

imaginierter Teil der Gesellschaft wird in den wissenschaftlichen und öffentlichen Debatten auch als »schweigende Mehrheit« (Chenoweth et al. 2022), in der Sozialpsychologie gelegentlich als »Bystander« (Mills 2020) tituliert. Demgegenüber möchten wir diejenigen, die in Konflikten um die Energiewende im Allgemeinen oder um konkrete lokale Infrastrukturprojekte im Besonderen selbst keine (relevanten) Einflussnehmer:innen beziehungsweise Akteur:innen sind, als Unbeteiligte bezeichnen (vgl. Hänisch/Messinger-Zimmer 2017).²

Die Bedeutung der Unbeteiligten für Dynamik und Ausgang von (Energiewende-)Konflikten ist enorm, obschon sie in bisherigen Forschungen eher selten zum Analysegegenstand erhoben worden sind (vgl. Messinger-Zimmer et al. 2019: 366). Sie bilden einen diskursiven Resonanzraum, den die aktiv in den Konflikt Involvierten – politische Entscheider:innen, Verwalter:innen, Kommunikations- und Partizipationsmanager:innen, Vorhabensträger:innen und Unternehmer:innen – in ihren Handlungen versuchen zu antizipieren und mitzudenken. Darüber hinaus können sie in diesem Kontext von erwähnten Akteursgruppen als ein Reservoir von potenziell Aktivierbaren verstanden werden, das es strategisch zu mobilisieren gilt, möchte man den eigenen Interessen und Zielsetzungen mehr Gewicht verleihen (vgl. Hoeft/Messinger-Zimmer/Zilles 2017).

Doch die zwangsläufig subsummierende Terminologie darf gleichwohl nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Unbeteiligten realiter ein äußerst heterogenes Kollektiv konstituieren (vgl. Hoeft 2017), dessen definitorisch-konzeptueller Kerngehalt lediglich darin besteht, sich (bislang) nicht handlungsförmig in den Konflikt eingemischt zu haben. Die notwendige und hinreichende Bedingung, um im Sinne unserer Konzeption als Unbeteiligte:r gelten zu können, ist somit, dass sie sich in dem jeweiligen lokalen Konfliktfall – beispielsweise einer Auseinandersetzung um die Errichtung von Stromtrassen oder Windkraftanlagen – auf der Ebene der Handlungen passiv verhalten. Dies gilt grundsätzlich unabhängig davon, ob sich die entsprechenden Personen durch die örtlichen Streitigkeiten subjektiv belastet oder betroffen fühlen beziehungsweise sie die Energiewende im Allgemeinen und/oder einen konkreten Fall überhaupt als relevantes Thema oder gar Konfliktfeld wahrnehmen.³

-
- 2 Der Begriff der schweigenden Mehrheit erscheint uns für die vorliegende Untersuchung insofern ungeeignet als er bereits mehrfach besetzt ist. Sowohl in der wissenschaftlichen Definition des Populismus als auch im Vokabular der (US-amerikanischen) Konservativen spielt der Begriff eine große Rolle; So prägte Ronald Regan in der politischen Debatte der 1970er Jahre den Begriff der »silent majority« (Lütjen 2016). Da wir außerdem gesellschaftspolitische Aspekte und die Narrationen der unbeteiligten Bürger:innen in den Blick nehmen und nicht exklusiv das Individuum und seine (Notfall-)Reaktionen analysieren, erscheint uns der Begriff des Bystanders konzeptuell weniger brauchbar als der der Unbeteiligten.
 - 3 Aktivität beziehungsweise Passivität als deren negativer Pool dürfen hierbei nicht als absolute Größen gedacht werden. Vielmehr lassen sich unterschiedliche Dimensionen von Aktivität unterscheiden, die stets als Kontinuum verlaufen. Die Gruppe der Unbeteiligten lässt sich sodann ausdifferenzieren hinsichtlich der gefühlten Betroffenheit beziehungsweise dem Grad der emotionalen Affizierung (emotionale Dimension) sowie der Konfliktwahrnehmung oder auch der kognitiven Involviertheit (kognitive Dimension).

Obwohl sie nicht aktiv am lokalen Konfliktgeschehen partizipieren, sich inhaltlich mitunter noch gar nicht (abschließend) positioniert haben, vielleicht auch nichts von dem Projekt wissen, sind viele Unbeteiligte – so ein erster Befund unserer empirischen Forschung, der hier vorweggenommen sei – durchaus in der Lage, Erwartungen an die Energiewende und Anforderungen an das politische System auszuformulieren. Das Ausbleiben handlungsförmiger Konfliktinterventionen muss also keinesfalls mit einer mangelhaften Sprechfähigkeit oder unterlassener Meinungsbildung einhergehen. Viele, aber nicht alle, können sich inhaltlich fundiert äußern und besitzen mal mehr, mal weniger kohärente Vorstellungen zur Energiewende, die sie darlegen und begründen können. Dieser Umstand erlaubt es uns, Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Unbeteiligten näher zu konturieren.

Erfahrungsraum und Erwartungshorizont der Unbeteiligten

Klimakrise, Nachhaltig und schließlich Energiewende – so die These – sind nicht zufällig Begriffe, denen eine chronologische respektive prozessuale Temporalstruktur innewohnt. Sie können als Hinweis darauf gelesen werden, dass sich das Verhältnis zwischen Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft angesichts der begrenzten Ressourcen und den Folgen der anthropogenen Erderwärmung verändert hat oder sich zumindest gegenwärtig wandelt (vgl. Lamping 2015; Blühdorn 2017). Die Zukunft gibt sich schon lange nicht mehr – wie es einige Jahrhunderte als Signum der Moderne galt – offen und frei gestaltbar. Selbst die »problematische Offenheit« (Makropoulos 2011: 201), mithin die Kontingenz der Zukunft, die gleichsam als »Quelle fundamentaler Verunsicherung« (ebd.) gilt, scheint sich mehr und mehr zu verflüchtigen. Die Zukunft ist nur noch »im Prinzip kontingent« (Reckwitz 2016: 46), da bestimmte Entwicklungen nicht mehr von Handlungen in der Gegenwart beeinflusst werden können. Es zeichnen sich, angesichts der globalen Bedrohungslage und der irreversiblen Veränderungen der Lebensbedingungen kommender Generationen auf unserem Planeten, statt der vordem offenen Zukunft erneut unvermeidbare Entwicklungen und zwingende Tendenzen ab.

In Anbetracht dieser temporalen Verschränkung der Klimakrise mit der Energiewende liegt ein Rückgriff auf die Koselleck'schen Erkenntniskategorien Erfahrungsraum und Erwartungshorizont nahe. In seinem erstmals im Jahr 1976 publizierten Aufsatz mit dem Titel »Erfahrungsraum« und »Erwartungshorizont« – zwei historische Kategorien« (vgl. Koselleck 2013) stellte er die beiden Konzepte vor. Für den Historiker besteht der Erfahrungsraum aus mehr als den individuell gemachten Erfahrungen allein. Er speist sich gleichfalls aus einer weiten Sphäre übergenerationeller Erinnerungen, tradierten Erfahrungen und eigenem Erleben, und verarbeitet rationale Verhaltensweisen ebenso wie Unbewusstes, Verdrängtes und Symbolisches. Damit ist der Erfahrungsraum auch mehr als die unmittelbare Erfahrung, die als »subjektive Aneignung von Wirklichkeit« (Birrer/Franke-Schwenk/Stein 2016: 12) und »Form des Umgangs der Bewältigung« (ebd.) verstanden werden kann.

Da »keine Erwartung ohne Erfahrung, keine Erfahrung ohne Erwartung« (Koselleck 2013: 352) existiert, befindet sich der Erfahrungsraum in einem interdependenten Verhältnis zum Erwartungshorizont. Der Erwartungshorizont wiederum steht für all das, was für die Zukunft zu hoffen oder zu befürchten ist. Er ist daher nicht als Raum, son-

dern als Linie gedacht, »hinter der sich künftig ein neuer Erfahrungsraum eröffnet, der aber noch nicht eingesehen werden kann« (Koselleck 2013: 356). Somit sind die Erkenntniskategorien Erfahrungsraum und Erwartungshorizont zwar miteinander verschränkt und aufeinander bezogen (ebd.: 357), aber der Erwartungshorizont ist durch das in der Vergangenheit Erfahrbare begrenzt (ebd.). Erst die »Durchbrechung des Erwartungshorizontes stiftet also neue Erfahrung. Der Erfahrungsgewinn übersteigt dann die durch bisherige Erfahrung vorgegebene Beschränkung möglicher Zukunft« (ebd.: 358).

Koselleck, der sich als Historiker auf die Zeit der Französischen Revolution und der Aufklärung fokussierte, war der Überzeugung, dass »sich in der Neuzeit die Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung vergrößert, genauer, daß sich die Neuzeit erst als Zeit begreifen läßt, seitdem sich die Erwartungen immer mehr von allen bis dahin gemachten Erfahrungen entfernt haben« (Koselleck 2013: 359). Für ihn galt, dass mit der Neuzeit »der Erwartungshorizont [...] eine geschichtliche neue, utopisch dauernd überziehbare Qualität« (ebd.: 363) gewinnt und die Geschichte seither als »ein Prozeß andauernder und zunehmender Vervollkommenung begriffen werden [konnte], der, trotz aller Rückfälle und Umwege, schließlich von den Menschen selber zu planen und zu vollstrecken sei. Die Zielbestimmungen werden seitdem von Generation zu Generation fortgeschrieben, und die in Plan oder Prognose vorausgenommene Wirkungen werden zu Legitimationstiteln politischen Handelns« (Koselleck 2013: 363).

Erfahrungsraum und Erwartungshorizont sind – so wird im Folgenden gezeigt – als Erkenntniskategorien nicht nur einer Analyse der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart dienlich. Welche Ziele sind es beispielsweise die Menschen mit der Energiewende verbinden? Welche Erfahrungen haben sie mit diesem politischen Transformationsprojekt gemacht und wie bewerten sie dessen Entwicklung in der Zukunft? Auf Basis der Schilderung der Gegenwart, die auch auf Erfahrungen aus der Vergangenheit fußt, lassen sich Zukunftserwartungen und erhoffte sowie befürchtete Tendenzen demokratischer Institutionen gleichermaßen rekonstruieren. Wenn es Koselleck, der in den Jahren 1966 bis 1968 immerhin einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft in Bochum innehatte, stets um die Analyse der Bedingungen menschlichen Handelns in der Geschichte ging und somit die Voraussetzungen für geschichtliches Handeln im Zentrum seiner Arbeiten standen (Hettling/Schieder 2021: 44f.), begreifen wir seine Kategorien gleichfalls als Möglichkeit zur Rekonstruktion von Kontingenzerfahrungen und Zukunftserwartungen in der Gegenwart. Damit schließen wir an den von Sebastian Hohnholz (2021: 382) formulierten Gedanken an, Koselleck als politischen Theoretiker zu lesen und seine Konzepte als sozialwissenschaftliche Erkenntnisinstrumente nutzbar zu machen.

Materialbasis und methodisches Vorgehen

Wie die Unbeteiligten auf die Energiewende im Allgemeinen, die Auseinandersetzung vor Ort und die Konfliktakteur:innen reagieren, vor welchem Erfahrungsraum sie ihren Erwartungshorizont ausbilden, haben wir systematisch in drei lokalen Konflikträumen analysiert. Die Feldforschung erfolgte zu drei Zeitpunkten und bildete jeweils eine konfliktgeladene Ausprägung der Energiewende ab: Während in Spremberg – einer Stadt in

der Niederlausitz (Brandenburg) – der Kohleausstieg zum Kristallisierungspunkt eines regionalen wie bundesweit geführten Konfliktes avancierte, beschäftigt im Kreis Ahrweiler (Rheinland-Pfalz) der Aus- beziehungsweise Umbau einer Höchstspannungsleitung, in der Region um die Friedländer Große Wiese (Mecklenburg-Vorpommern) die geplante Errichtung von Windkraftanlagen Teile der Lokalbevölkerung (siehe zu diesem Projektkontext auch die Beiträge von Kerker; Mokros und Schatzschneider; Reusswig, Lass und Bock sowie Teune in diesem Band).⁴

Tabelle 1: Übersicht Datenerhebung

| | Spremberg | Kreis Ahrweiler | Friedländer Große Wiese ^a |
|-----------------------------|--------------------------------------|---|---|
| 1. Welle (Frühjahr 2021) | 9 Einzelinterviews | 12 Einzelinterviews und ein Doppelinterview | 6 Einzelinterviews |
| 2. Welle (Herbst 2021) | eine Fokusgruppe mit 6 Teilnehmenden | eine Fokusgruppe mit 6 Teilnehmenden | - |
| 3. Welle (Frühjahr 2022) | eine Fokusgruppe mit 7 Teilnehmenden | eine Fokusgruppe mit 8 Teilnehmenden | zwei Fokusgruppen mit insgesamt 7 Teilnehmenden und ein Einzelinterview |

^a Die Region um die Friedländer Große Wiese ist sehr dünn besiedelt und durch eine überalterte sowie sozial wenig abgesicherte Bevölkerung geprägt. Die Rekrutierung von Forschungspartner:innen, die im strengen Sinn als Unbeteiligte gelten können, war enorm aufwendig und nicht immer erfolgreich. Dies muss jedoch gleichzeitig als Forschungsergebnis interpretiert werden: Jenseits der Akteur:innen, die dem Projekt sehr kritisch gegenüber stehen, stößt die Bebauung der Friedländer Großen Wiese auf Desinteresse, das heißt der lokale Konflikt wirkt sich zwar prägend auf die Region aus, ist jedoch keinesfalls für alle Bewohner:innen relevant.

Sämtliche Gespräche erfolgten dabei in semistrukturerter Form: Ein flexibel verwendeter und vorab auf den jeweiligen Konfliktfall zugeschnittener Interviewleitfaden beziehungsweise Themenkatalog steckte den Gesprächsrahmen inhaltlich grob ab und ermöglichte so eine gewisse fallübergreifende Vergleichbarkeit des generierten Datenmaterials, gewährte andererseits jedoch ebenso ausreichend Freiraum zur Entfaltung eigener Deutungen und Relevanzstrukturen (vgl. Klecha/Marg/Butzlaff 2013; Marg 2019). Im Rahmen der Datenauswertung wurde das Material sodann einer qualitativ-rekonstruktiven Sekundäranalyse (vgl. Bohnsack 2014) unterzogen. Dabei stand die Rekonstruktion des Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes im Zentrum. Wir haben also systematisch jene Stellen im Material analysiert, in denen die Unbeteiligten

4 In dem von der Mercator-Stiftung geförderten Demokon-Projekt sollte unter anderem herausgefunden werden, wie sich die Einstellungen und Perspektiven der Befragten im Konfliktverlauf verändern. Daher wurden insgesamt drei Befragungswellen durchgeführt. Aufgrund der Corona-Pandemie konnte die erste Erhebungswelle nicht, wie ursprünglich geplant, als Gruppendiskussion umgesetzt werden. Stattdessen wurden telefonische Einzelinterviews durchgeführt.

über Vergangenheit und Zukunft und den damit verbundenen Erinnerungen und Erwartungen, aber auch Sorgen und Hoffnungen gesprochen haben. Das durch die Interviews und Fokusgruppen gewonnene Material ist – so muss betont werden – nicht repräsentativ für das Sprechen über die Energiewende. Es eignet sich jedoch aufgrund der Heterogenität besonders gut, um den weiten Raum, aus dem sich die kollektiven Erfahrungen und unbewussten Verarbeitungen speisen, umfassend auszuleuchten.

Perspektiven auf die Energiewende: Der Erfahrungsraum begrenzt den Erwartungshorizont

Die Unbeteiligten und ihre Vorstellung von der Energiewende

In wenigen anderen Punkten stimmen die von uns befragten Unbeteiligten derart überein, wie in der Frage, ob es überhaupt einer Energiewende bedarf. Kaum jemand zieht den anthropogenen Klimawandel ernsthaft in Zweifel, stattdessen wird die Notwendigkeit der Bearbeitung desselben betont. Trotz lokaler Konflikte ist der Klima- und Naturschutz sowie die Entwicklung hin zu einer nachhaltigen Gesellschaft eine entscheidende Zukunftsaufgabe, der sich die Gesellschaft zu stellen habe.

»Also ich verstehe unter Energiewende, dass man vor dem Hintergrund dessen, dass die fossilen Brennstoffe endlich sind, eine Lösung finden muss, dass man den Strom so aus Energiequellen erzeugt, die sozusagen unendlich sind, also wie jetzt Sonne oder Wind. Letztlich verstehe ich unter Energiewende einen möglichst hohen Anteil des Stroms ökologisch im Sinne von eben Erzeugung aus diesen Quellen hinzukriegen.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

»Also unser aller Interesse ist es, dass unser Planet ja weiterhin bestehen bleibt, dass die Wetterverhältnisse so sind, dass wir gut leben können. Also deswegen sind wir alle oder die meisten dafür [für die Energiewende].« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2022)

Die Unbeteiligten beziehen sich mit dieser Forderung nicht auf wissenschaftliche Studien oder umweltpolitische Vorgaben. Das Gebot der Energiewende speist sich aus dem Erfahrungsraum der Befragten, aus den beobachteten oder – dies macht die Besonderheit der Untersuchungsregion Ahrweiler aus – selbst leidvoll erfahrenen Extremwetterereignissen⁵, aus dem wahrgenommenen Artensterben, aus dem Wissen um die Endlichkeit fossiler Ressourcen oder um das Gefahrenpotenzial atomarer Energieproduktion. Es sind die in der Vergangenheit liegenden Erlebnisse, vermittelten Erfahrungen oder katastrophalen Zwischenfällen, mit denen das Projekt der Energiewende gerechtfertigt

5 Mitte Juli 2021 verursachten schwere Niederschläge massive Überschwemmungen in verschiedenen Regionen Deutschlands. Besonders betroffen war hier von der Landkreis Ahrweiler. Die über die Ufer getretene Ahr forderte 133 Todesopfer, zerstörte zahlreiche Brücken, private und öffentliche Gebäude und spülte ganze Straßenzüge weg.

wird. Gleichzeitig sind die Vorstellungen von der Energiewende von zahlreichen Temporalstrukturen durchzogen. Oftmals war zu hören, dass die Menschheit mit dem Vorhaben schon *zu spät* sei, es hätte *längst* etwas passieren müssen, grundsätzlich gehe die Energiewende viel *zu langsam* voran, der Verlust der Biodiversität sei *unwiederbringlich* oder Deutschland könne mit einer erfolgreichen Energiewende seine Rolle als *Vorreiter* unter Beweis stellen, da ihre erfolgreiche Umsetzung ein *Fortschritt* wäre.

Die (Nach-)Frage, was konkret unter Energiewende zu verstehen ist, löst jedoch größere Unsicherheit bei den Befragten aus. Als zwingende Bestandteile des Projektes wird von vielen ein massiver und beschleunigter Ausbau der erneuerbaren Energien und der Ausstieg aus der Kohleverstromung begriffen. Selbst in Spremberg, einer Kleinstadt in der Lausitz, die wirtschaftlich stark von der Kohleverstromung abhängig ist, sind sich die Befragten darüber im Klaren, dass das Ende der Braunkohle unausweichlich ist. Über dieses, sich als Grundkonsens herausgeschälte Verständnis hinaus, fächern sich die Vorstellungen über die Energiewende allerdings breit aus. So deuten einige Befragte die Energiewende als individuelles Projekt, dass via Eigeninitiative dezentral umgesetzt werden muss.

»Also ich habe natürlich auch so grundsätzliche politische Erwägungen, wie wir die wahrscheinlich alle haben. Ich habe mir aber für mich überlegt, [...] was ich eben persönlich machen kann, was ich selber in die Hand nehmen kann, tun kann, um an der Energiewende irgendwas zu tun, zu schrauben. [...] Jetzt habe ich eine [Solar-]Anlage [...] Meine Anlage läuft jetzt schon so, [...] dass ich zumindest einen großen Teil meines Stromes selbst erzeugen kann, zumindest was halt tagsüber ist, und auch noch ordentlich, ganz schön viel ins Netz einspeise, wofür man ja nicht wirklich viel Geld bekommt. Aber das ist mir ja auch egal. Mir geht es ja darum, eben Energie zu erzeugen, die wir geschenkt kriegen, nämlich von der Sonne. Und damit erschließt sich der zweite Punkt von alleine, dass ich jetzt tatsächlich das Auto meiner Frau gerade verkauft habe und wir uns gerade ein Elektroauto kaufen. Wo ich auch lange mit gerungen habe, was ich aber jetzt endlich mal mache, weil ich kann ja umsonst tanken. Ich tanke dann halt immer dann, wenn die Sonne scheint. Und die scheint ja irgendwann mal. Das heißt, der Strom kostet mich nichts! Und die Benzinpreise sind explodiert, also habe ich gedacht, dann fahre ich eben mit einem schönen E-Auto, zumindest die Kurzstrecken und zum Einkaufen und so.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2022)

Energiewende umfasst für diese privatistisch eingestellten Unbeteiligten die Reduktion des eigenen Energieverbrauchs (zum Beispiel zum Zwecke der Kostensenkung) und daran angelehnt eine Anpassung des persönlichen Lebensstils. Sie hinterfragen nahezu jede Autofahrt, versuchen – wenn möglich – auf öffentliche Verkehrsmittel oder Elektromobilität umzusteigen, sie rüsten freie Haus- und Carportflächen mit Solarzel len auf, nutzen Erdwärme oder streben mit ihrem Haushalt Energieautarkie an. Im Grunde kommen diese Unbeteiligten den von Markus Tauschek (2016) beschriebenen Energie-Pionier:innen recht nahe, sie agieren jedoch nicht ganz so weitreichend. Tauschek beschreibt diese Gruppe als Initiator:innen eines Erfolgsnarrativ, das sich durch individuelles, eigeninitiatives und kreatives Engagement für eine »basisdemokratische und ökologisch sinnvolle – weil regional umgesetzte – Energiewende vor Ort« (2016:

313) auszeichnet. Die Unbeteiligten handeln jedoch oftmals selbstbezogen, um nicht zu sagen egoistisch, und versuchen, ihren eigenen Energiebedarf zu decken oder Kosten zu senken. Im Gegensatz zu den Energie-Pionier:innen fehlt ihnen der missionarische Imperativ, als Vorbild für ihre Gemeinde zu wirken. Sie streben die Selbstversorgung eher für ihren privaten Haushalt und weniger für ihre Gemeinde an. Das Narrativ der Energieautarkie wurde überwiegend in der dritten Erhebungswelle aufgegriffen, die wir nach Beginn des russischen Krieges gegen die Ukraine durchgeführt haben. Hieran wird deutlich: Die Vorstellung davon, was Energiewende bedeutet und (zukünftig) erfordert, transformiert sich vor dem Hintergrund eines radikal veränderten Erfahrungsraumes, nämlich dass in Deutschland Gas, welches bisher überwiegend aus Russland bezogen wurde, einem enormen Preisanstieg unterliegt und zur Finanzierung eines völkerrechtswidrig agierenden Aggressors dienen kann.

Neben dieser Energiewende im Kleinen ist für die Befragten gleichfalls eine globale oder zumindest europäische Komponente in das politische Projekt eingeschrieben. Viele Unbeteiligte stellen fest, dass der deutsche Sonderweg allein nicht ausreicht und sich andere Länder der Energiewende anschließen müssen, damit überhaupt ein wirkmächtiger Beitrag gegen den Klimawandel geleistet werden kann. Dabei verweisen sie auf die Nachbarländer, in denen Atom- und Kohlekraftwerke gebaut werden, und auf die großen Kohlenstoffdioxidverursacher wie die USA, Indien oder China. Aus diesen Realitätserfahrungen beziehungsweise -beobachtungen leiten die Befragten schließlich die Forderung ab, dass zukünftig gemeinsame Strategien, zumindest eine einheitliche Linie in Europa verfolgt werden müsse. Doch aus der Perspektive der Befragten ist die Transformation der Stromerzeugung nur ein Mittel unter vielen, um der Klimakrise zu begegnen. Ein nachhaltiger Lebensstil und ein verändertes Verhältnis zur Umwelt und den natürlichen Ressourcen, aber vor allem die Herbeiführung einer Verkehrswende ist – bei aller Schwierigkeit, die insbesondere jene Befragten sehen, die in ländlichen und strukturschwachen Regionen beheimatet sind – gleichfalls zentral.

»Aber halt eben Benzinautos weg, Dieselautos weg, Stromautos her und das Ganze halt eben aber auch aus vernünftigen Energiequellen, also sprich grün: Wasserstoff, Wind und Solar. Ja?« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

Die Energiewende als anzustrebendes gesellschaftliches Ziel scheint demzufolge Konsens zu sein. Fraglich ist hingegen für viele Befragte, wie sich das Projekt technisch realisieren lassen soll. Auch diese Skepsis speist sich aus den bisher im Kontext dieses Politikfelds gesammelten Erfahrungen und kumuliert schließlich nicht selten in einem grundlegenden Zweifel an der (technischen) Umsetzbarkeit der Energiewende.

»Es wird über viele ungelegte Eier gesprochen. Weil man möchte vieles machen. Und es ist sicher vieles technisch möglich, aber wie das praxistauglich ist, das wurde noch nie so richtig kundgetan. [...] Die vielen Solarzellen, die die Ödlandflächen belasten oder die Wälder oder die Flächen mit den Windkraftanlagen... Wir wollen keinen Atomstrom, wir wollen keinen Kohlestrom, wir wollen keinen Gasstrom. Ja, das andere wollen wir auch nicht. Wir müssen ein Konzept finden, wo wir sagen: So könnten wir uns einordnen im Kreise der vielen Pariser Unterzeichner. [...] So, und dann kann ich sagen: Wie kann ich die eine oder andere Ressource längerfristig mit neuen Er-

kenntnissen ersetzen. Denn das, was es bis jetzt gibt, dieses Stückwerk, [...] trägt nicht zur Energiewende bei.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2022)

Zahlreiche Befragte sind davon überzeugt, dass die Energiewende nicht gelingen könne, so wie sie momentan von der Politik angegangenen wird: mit einem Fokus auf den Ausbau der erneuerbaren Energien und einem parallel dazu vollzogenen Ausstieg aus der Kohleverstromung *und* der Atomkraft. Schließlich – so lässt sich deren Kritik zusammenfassen – sind Wind- und Sonnenenergie nicht dauerhaft verfügbar, fehlen Speicherlösungen und steigt der Energiebedarf ins Unermessliche. Insbesondere in der Lausitz, die immerhin jahrzehntelang für die Produktion gewaltiger Strommengen und die Grundlastversorgung der DDR, später auch der Bundesrepublik, verantwortlich war und teilweise noch immer ist (vgl. Pollmer 2020), tritt die Sorge vor einem Blackout des Stromnetzes deutlich hervor.

»Wir haben auch Stromabschaltungen in Deutschland, die kriegt nur gar keiner mit. [...] Das kriegen wir alles gar nicht mit! [...] Aber ich sehe das mehr als Blackout, wenn es doch mal zu ›nem großflächigen Stromausfall kommt.« (Befragte:r aus Spremberg, Herbst 2021)

Hier wird sichtbar, dass die Energiewende für die Befragten weniger ein politisches Projekt, dem man zustimmend oder ablehnend gegenüberstehen kann, als ein rein technisches Vorhaben darstellt (siehe hierzu auch Häfner und Haas in diesem Band). Dieser Technologiezentrismus ist für die Energiewende-Wahrnehmung vieler Befragte kennzeichnend, gerade in der Lausitz. Viele (unbeteiligte) Lausitzer:innen vertrauen (blind) auf rein technische Lösungen des Problems einer nachhaltigen Energieversorgung, fordern, dass neben dem herkömmlichen Weg vermehrt technische Alternativen in Betracht gezogen werden müssen und sprechen von Kohlenstoffdioxidsspeicherung und -verpressung, von Energiegewinnung aus Wasserstoff oder von Sonnenenergieproduktion in den Wüsten der Erde. Andernfalls bleibe – so die Argumentation – die Energiewende *gegenwärtig* und *zukünftig* technisch nicht realisierbar.

In Ahrweiler hingegen, wo sich der lokale Konflikt auf die Aufrüstung einer Stromtrasse fokussiert, sind die Zweifel an der technischen Machbarkeit der Energiewende am wenigsten vernehmbar. Dies lässt sich dadurch erklären, dass man – im Gegensatz zu der Windenergie-Region Mecklenburg-Vorpommern – im Alltag äußerst selten stillstehende Windräder beobachten kann und der Erfahrungsräum nicht durch das Selbstbewusstsein als potenter Energieproduzent geprägt ist, wie es sich in Spremberg darstellt. Auch in diesem Fall ist es der (regional geprägte) Erfahrungsräum, der die Perspektive auf die Energiewende zu dominieren scheint. Dort, wo weniger technizistisch und technologiebasiert über die Energiewende gesprochen wird, spielen dezentrale Versorgungskonzepte, Suffizienzstrategien, also die Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs, und ein Wertewandel hin zu einer Postwachstumsökonomie (vgl. Paech 2019) eine größere Rolle. Nachhaltigkeit wird von diesen Befragten nicht auf technologische Versuche der CO₂-Reduktion beschränkt, sondern erfährt eine breitere gesellschaftliche Interpretation und müsse – so die Erwartung – einen grundsätzlichen Lebenswandel beinhalten. Hierzu werden zum Beispiel die Durchbrechung von

Steigerungsmaximen und (Bevölkerungs-)Wachstum oder die Anpassung des gesamtgesellschaftlichen Lebensstandards gezählt.

»Auch die Gesellschaft muss sich die Frage beantworten: höher, weiter, schneller, ne? Oder halt auch mal ein bisschen zurücknehmen, Gemeinwohl!« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Herbst 2021)

Neben diesen beinahe sozialromantisch anmutenden Imaginationen und Wünschen, bringt das Nachdenken über die Konsequenzen der vollzogenen Energiewende insbesondere in unseren ostdeutschen Erhebungsregionen auch stärkere Ängste hervor. Vor allem die Spremberger Befragten befürchten, dass sie, statt des politisch versprochenen Strukturwandels, ein Strukturbruch ereilen wird und äußern im Angesicht der Energiewende die Sorge vor einer (erneut) regionalen Benachteiligung. Diese Furcht speist sich vor allem aus den in der Vergangenheit erlebten Folgen der Wiedervereinigung, die für die Region Abwanderung, Überalterung und wirtschaftlichen Niedergang bedeutete (vgl. Haas 2020: 154f.). Teilweise werden diese tradierten Verfallsnarrative der Region auch auf die nationale Ebene transzendiert, beispielsweise wenn die Erzählung präsentiert wird, dass Deutschland als eine der führenden Industrienationen durch die Energiewende ihren vorderen Platz auf dem Feld der globalen Ökonomie einbüßen werde oder bereits eingebüßt hat. Die Befragten fürchten ein massenhaftes Wegbrechen der gut bezahlten Arbeitsplätze, Identitätsverlust und weitere Abwanderung. Sie fühlen sich als (potentielle) Opfer der Energiewende und Teil einer kollektiven Schicksalsgemeinschaft mit deprimierenden Vergangenheitserfahrungen, die nun eine Aktualisierung zu durchlaufen drohen (ebd.). Um das zu verhindern, erwarten die Spremberger:innen eine generalstabsmäßig geplante Industrieansiedlung und den daran gekoppelten Arbeitsplatzausbau, um der Region Perspektive und Prosperität zu schenken.

»Das Thema Kohle ist schon noch ein unheimlich wichtiges Thema für die Menschen hier, weil man erkennt momentan noch nicht, was kommt denn eigentlich nach der Kohle?« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021)

»Also da gibt es glaube ich einen ganz, ganz großen Punkt und das ist dieser Hauptfaktor, dass wir all das, was wir momentan erleben, die Gefährdung unserer Arbeitsplätze, die Gefährdung unserer Energiekultur, die Gefährdung der Sicherstellung der Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland – dass wir das alles schon einmal erlebt haben, und zwar war das eben mit der Wende.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021)

Auch im Raum um die Friedländer Großen Wiese ist ein ähnliches Verfallsnarrativ im Zusammenhang mit der Energiewende präsent. Hier sieht man sich als demografisch und sozialstrukturell entleerter Raum, der als Windenergieproduzent Deutschlands missbraucht werde und dafür keinerlei Entschädigung erhalte.

»Also die Investoren in dem Sinne, die hier reingekommen sind, sind alles welche aus den Altbundesländern. Und die wollen unbedingt ihre Ackerflächen für Biogasanlagen und für die Windräder. Alles andere interessiert die einen Scheißdreck.« (Befragte:r aus der Region Friedländer Große Wiese, Frühjahr 2021)

Obwohl die Notwendigkeit der Energiewende intensiv betont wird, ist diese doch im Detail mit zahlreichen Sorgen, Ängsten und Wünschen verbunden. Doch sind es nicht nur die bereits genannten Vorbehalte gegen die technische Machbarkeit des Projektes, die im Zentrum der Kritik stehen. Es werden außerdem Preissteigerungen befürchtet, Zweifel hinsichtlich der Versorgungssicherheit geäußert, einseitige regionale Belastungen kritisiert und – dies gilt insbesondere für den Konflikt um Windenergie, in geringerem Maße auch für den um Stromtrassenerweiterung – fatale Eingriffe in Umwelt und Natur sowie (vermeintlich) nicht beachtete Gesundheitsgefahren beklagt.

Der politik- und demokratiebezogene Erwartungshorizont der Unbeteiligten

Diejenigen Dinge, die im Rahmen der Energiewende aus Sicht der Unbeteiligten falsch beziehungsweise schlecht laufen, werden zuvörderst dem politischen Personal angelastet. Es ist die schlechte politische Steuerung, die mangelhafte Umsetzung der guten Idee, die in den Augen der Befragten nicht gelinge. Einerseits – und diese Sorgen haben wir in unseren Gesprächen deutlich häufiger vernommen – wird argumentiert, dass den Politiker:innen das Fachwissen und der nötige Sachverstand fehle, der es ihnen erlaube, im Zusammenhang mit der Energiewende die richtigen Entscheidungen zu treffen. Gerade in Spremberg offenbart sich eine Präferenz für eine expertokratische Steuerung der Energiewende beziehungsweise Vorlieben für technokratische Entscheidungsstrukturen (vgl. Selk/Kemerzell/Radtke 2019: 46ff.). Es ist dann der technisch-naturwissenschaftliche Sachverstand, der im demokratischen Entscheidungsprozess zu Lasten anderer Interessen und Argumente Vorrang genießen muss, damit die Energiewende gelingen kann. Diese soll – so der präferierte Idealzustand – von technisch und wissenschaftlich versierten Expert:innen verantwortet werden und die in diesem Zusammenhang notwendigerweise zu fallenden Entscheidungen sind keine zwischen unterschiedlichen Präferenzen und Interessen, sondern werden als rein fachlich induzierte Lösungen imaginiert. Die Befragten, die dieses Deutungsmuster präferieren, wünschen sich demzufolge eine Regierung von technisch geschulten Expert:innen, die als Kümmerer:innen auftreten und im Interesse der Bürger:innen entscheiden, statt diese stets und ständig einzubinden.

»Wenn man die Bürger befragt, kommt eh nur Quatsch raus.« (Befragte:r aus Spremberg, Herbst 2021)

Neben dem Mangel an Sachverstand kritisieren die Unbeteiligten andererseits, dass die Politiker:innen sich von Lobbyist:innen einspannen lassen, gar korrupt seien. Dem politischen Personal werden Doppelmoral, Selbstbereicherungstendenzen und die Durchsetzung egoistischer Partikularinteressen vorgeworfen. Die Politik gebe im Kontext der Energiewende nicht nur dem Druck der Wirtschaft nach, sondern agiere gleichfalls ideologisch, affektgeleitet und irrational. In Einzelfällen mündet diese Kritik in der Imagination eines autokratisch-repressiven Klimaregimes, in dem heterodoxe Meinungen und eine Kritik an der Energiewende und dem Klimawandel zielgerichtet unterdrückt und so ein als *linksgrün* etikettierter »Mainstream mit Ende Gelände, mit Fridays for Future, mit der Grünen Liga, mit dem Nabu [Naturschutzbund]« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021) etabliert werde. Umwelt- und Klimapolitik nehme –

so die Wahrnehmung einzelner Befragte:r in Spremberg – zunehmend absolutistische Züge an, unterwerfe Andersdenkende und lasse keinen demokratischen Diskurs mehr zu. Gruppen wie die genannten werden zusammen mit spezifischen Politiker:innen als Avantgarde einer vermeintlich realitätsfernen Ideologie gesehen, die den eigenen Lebensstil bedroht und sich außerhalb des legalen und somit auch demokratischen Rahmens bewegt. Eine solche Vorstellung von der Tyrannei einer grünen Minderheit scheint ein lokales Spezifikum der Unbeteiligten in Spremberg zu sein. Die Wahrnehmung, dass kritische Meinungen gegenüber der Energiewendepolitik unterdrückt würden, findet sich – allerdings in abgeschwächter Form – gleichfalls in der zweiten ostdeutschen Untersuchungsregion.

»Also Ende Gelände ist ja so eine Form von Gewalt, die diese Energiewende mit begleitet. Und wir hatten ja jetzt in der Vergangenheit, gar nicht so lange her, vor zwei, drei Wochen hier auch Anschläge gehabt. Brandanschlag am Kraftwerk Jänschwalde beziehungsweise in der Tagebauentwässerung vom Kraftwerk Jänschwalde. Und die Gruppe, die dahinter steht, ist nicht ›Ende Gelände‹, aber passt in diese Richtung da mit rein. Und das geht schon, sage ich mal, schon ein Stück zu weit, wo man, sag ich mal, vielleicht schon der Gefahr entgegenläuft, dass das Ganze auch noch gewalttätig wird, ja? Also das muss man mal so sagen. Wer schon direkt auffordert dazu, zu Straftaten, und ernsthaft und einen Nazi-Vergleich zieht, weil das Bergbaurecht noch aus der Nazi-Zeit kommt und so... Dann pustet sich das Ganze auf und kann dann, sage ich mal, auch traumatische Auswüchse annehmen.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2022)

Auch wenn die Politik häufig im Mittelpunkt (der Kritik) steht, erkennen nicht wenige Befragte ebenso an, dass Politiker:innen nur eine Akteursgruppe unter vielen sind und ihr Handlungsspielraum in einem Mehrebenensystem stets eingeschränkt ist. Ein Großteil der von uns befragten Unbeteiligten in den drei Konfliktfällen ist – und das unterscheidet sie deutlich von den Kritiker:innen der lokalen Energiewendevorhaben (vgl. Marg 2017) – mit dem politischen System und den aktiven Politiker:innen tendenziell zufrieden. Teils äußern sie sogar Lob für politische Entscheider:innen und Verständnis für systemische Zwänge und Dynamiken.

»Ja, die Frau Dreyer [Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz] macht da einen ganz ordentlichen Job. Vor Ort haben wir hier auch so unabhängige Wählergemeinschaften. Man kann ja auch, wenn man wählen geht, sehr schön diversifizieren, ob man jetzt einzelne Leute wählt. Man muss ja nicht immer gleich das Kreuzchen nur bei einer Partei machen. Und da kann man immer gucken, wofür stehen die. Und da bin ich eigentlich gut zufrieden, also mit unseren Möglichkeiten, Politik mitzubestimmen. Ich könnte auch mitmischen so. Da bin ich weitgehend zufrieden, sagen wir mal.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

»Und die Politik, die bemühen sich wirklich nach Kräften, da ist unser Merkelchen und unsere Ministerpräsidenten, die sind ja nicht dumm, die informieren sich, die wollen das Beste für ihr Land.« (Befragte:r aus Spremberg, Frühjahr 2021)

Auch üben die Unbeteiligten – ganz anders als die Aktivist:innen und Gegner:innen von lokalen Energiewendevorhaben (vgl. ebd.) – keine fundamentale Kritik an der Ausgestaltung der Demokratie. Es besteht oftmals ein grundsätzliches Verständnis für die Funktionsweisen des politischen Systems und die Umstände, dass verschiedene Interessengruppen verschiedene politische Ziele präferieren oder dass in einer repräsentativen Demokratie nicht alle Minderheitenmeinungen zum Tragen kommen können. Direktdemokratische Politikelemente, wie beispielsweise Bürgerräte, werden nur selten privilegiert und insbesondere von jenen, die die Energiewende als ein rein technisches Projekt vernehmen, nicht als adäquate Form der Entscheidungsfindung angesehen. Aus dieser Perspektive fehlt den Bürger:innen das technische Verständnis für umfassende Informationen, was sie schnell zu Opfern von Manipulation oder gar Demagogie werden lässt.

»Also wie gesagt: Repräsentative Demokratie – unbedingt. Ja? Ich bin auch gegen Volksentscheide auf Bundesebene, ja?« (Befragte:r aus der Region Friedländer Große Wiese, Frühjahr 2021)

»Also man kann mit starken populistischen Mitteln die Bevölkerung sehr gut irgendwohin, also das Gros der Bevölkerung sehr gut irgendwohin drücken, sage ich jetzt mal. Gerade, was solche Abstimmungen angeht. Also diese Volksentscheide, wie das ja gerne zum Beispiel auch von der AfD gefordert wird, halte ich für sehr schlecht. Deswegen ist eine direkte Vertretung meines Erachtens, also quasi die vertreterbasierte Demokratie, die wir letztlich ja auch haben, die bessere Wahl.« (Befragte:r aus dem Landkreis Ahrweiler, Frühjahr 2021)

Interessant ist, dass die Bewertungen der Demokratie durch die Unbeteiligten erneut von zeitlichen Bezügen durchzogen sind, die sinnbildlich in folgendem Zitat zum Ausdruck kommen:

»Ich denke, irgendwie muss das ein bisschen vorwärts gehen. Wir müssen ein klein bisschen demokratischer werden.« (Befragte:r aus der Region Friedländer Große Wiese, Frühjahr 2021)

Die Entwicklung hin zu demokratischeren Entscheidungsstrukturen wird – auch wenn deren konkrete Gestalt in den Äußerungen äußerst vage und uneindeutig bleibt – klar als Fortschritt markiert. Gleichzeitig beanstanden sie den Ist-Zustand der Politik vor einem spezifischen Erfahrungsraum: Politiker:innen, die gegenwärtig den Kontakt zu den Bürger:innen verloren haben, hätten – so wird argumentiert – in der Vergangenheit über eben jene Bindung zu den Wähler:innen verfügt und sich früher deutlich volksnah präsentiert als dies heute der Fall sei.

Diskussion und Fazit

Die Energiewende kann nur dann gelingen, wenn sich auch die Gruppe der Unbeteiligten auf die Prämissen und Konsequenzen dieses Transformationsvorhabens einlässt. Angesichts des anthropogenen Klimawandels sind das Erkennen möglicher zukünftiger

Entwicklungen und daran angepasste individuelle Handlungen und gesellschaftliche Lebensweisen zwingend nötig. Daher sind die Hoffnungen, Wünsche und Erwartungen, ebenso wie die Ahnungen, Sorgen und Ängste, die die Menschen mit dem Umbau des Energiesystems verbinden, nicht zu unterschätzen. Diese speisen sich wesentlich aus den bisher gemachten Erfahrungen und aus dem Wissen um die Relevanz der Energie für unseren hoch technologisierten Lebenswandel.

In diesem Beitrag wurde mit Hilfe der Analysekategorien Erfahrungsraum und Erwartungshorizont von Reinhart Koselleck eine Auswertung von Interviews und Fokusgruppen in drei lokalen Konflikträumen vorgenommen. Es konnte aufgezeigt werden, dass die Energiewende als Zukunftsprojekt in der Gegenwart eine hohe Relevanz beanspruchen kann und die Perspektiven auf die zukünftige Energiegewinnung und die Möglichkeiten zur Bearbeitung des Klimawandels auch Auswirkungen auf die Einstellung, Handlung und Realitätswahrnehmung in der Gegenwart haben. Mit Luhmann ausgedrückt: Im Sprechen über die Energiewende zeigt sich deutlich, dass »die Zukunft zunehmend zum Medium gesellschaftlicher Selbstbeschreibung« (vgl. Luhmann 1991: 122) wird.

Die Energiewende ist – inklusive der Verkehrswende – für die Unbeteiligten ein zentrales Instrument zur Bekämpfung des Klimawandels, wohingegen trotz des Ukrainekriegs eine Wärmewende in der Diskussion völlig unterrepräsentiert bleibt. Sie besteht aus dem Ausbau der erneuerbaren Energien sowie dem Ausstieg aus der Kohleverstromung. Ob gleichfalls, wie aktuell von der Bundesregierung umgesetzt, auch der Atomausstieg Bestandteil der Energiewende ist, ist für die von uns Befragten umstritten. Jenseits der Frage, ob der Atomausstieg richtig und sinnvoll ist, weisen die Unbeteiligten insofern einen kollektiv geteilten Erwartungshorizont auf, als sie grundsätzlich darin übereinstimmen, dass die Energiewende individuelle Einzelanstrengungen einerseits und globales beziehungsweise europäisches Gemeinschaftshandeln andererseits erfordere. Nur wenn sowohl auf der Mikro- als auch auf der Makroebene angemessene Handlungsstrategien implementiert werden, könne die Energiewende in Zukunft zum Erfolg führen. Abgesehen von diesen Grundannahmen ist jedoch die Vorstellung davon, wie die Energiewende ganz konkret – auch vor Ort – umgesetzt werden kann und soll, sehr vage. Dies mag sicher daran liegen, dass der Erfahrungsraum dazu noch sehr kahl ist, dass man jenseits einer durch Verzicht geprägten Lebensweise keine Vorstellung davon besitzt, wie ohne fossile beziehungsweise atomare Brennstoffe der gegenwärtige und vor allem der für die Zukunft antizipierte Energiebedarf gedeckt werden kann. Gleichermaßen gilt für die Frage, wie die Zukunft aussehen könnte, sollte die Energiewende nicht gelingen. Auch hier ist der Erfahrungsraum sehr schwach ausgeleuchtet, stellt die Energiewende doch ein Großprojekt dar, für das es so keine historischen Vergleiche gibt. Es verwundert folglich kaum, dass die Befragten über keine klare Vorstellung davon verfügen, wie die Zukunft des Planeten auszusehen vermag, wenn es der Menschheit nicht gelingen sollte, den durch sie verursachten Klimawandel mit Hilfe einer soziotechnischen Großtransformation aufzuhalten.

Deutlicher als ihre Vorstellung davon, was Energiewende ist und wie sie umsetzbar wäre, formulieren die von uns befragten Unbeteiligten ihre Kritik an dem Vorhaben. Die vorgebrachte Unzufriedenheit betrifft dabei indes nicht nur das Projekt der Energiewende selbst, sondern vor allem auch die Politik als diejenige Instanz, die mit

ihrer Umsetzung betraut ist. Aus der Perspektive der Unbeteiligten scheitert die Energiewende als eine in der Theorie befürworte Idee an einer misslungenen politischen Steuerungspraxis sowie technischen Grenzen und Aspekten, die seitens der Politik zu wenig Berücksichtigung finden. Gerade im Rahmen der technizistischen Kritik an der Energiewende und ihrer Umsetzung spielen Temporalstrukturen eine große Rolle. Die Energiewende sei zu brachial und *abrupt* eingeleitet worden, der *Sofortausstieg* aus der Atomenergie sei unüberlegt und zu *früh* gewesen, diese benötigten wir weiterhin als *Übergangslösung*, so *schnell* wie es sich manche in der Politik wünschten, könne es nicht gehen oder man könne die Kohle auch effektiver machen, weniger Kohlenstoffdioxid ausscheiden und *damit Zeit sparen* – so typische Argumente der von uns befragten Unbeteiligten. Insgesamt zeigt sich somit deutlich, dass die »Zeitstruktur in sozialen Einheiten« (Reckwitz 2016: 36) auch im Kontext der Energiewende respektive der Kritik an ihr ein relevanter Aspekt ist und daher gewinnbringend mit den chronologischen Kategorien des Erfahrungsraumes und Erwartungshorizontes analysiert werden kann.

Die »Temporalisierung des Bewusstseins« (Reckwitz 2016: 36) der Unbeteiligten offenbart sich gleichwohl nicht nur in der Kritik und dem mit der Energiewende verbundenen Sorgen, sondern auch in einer – nicht minder technizistisch ausgerichteten – Fortschrittshoffnung: Es sind die wissenschaftlichen Erfindungen und technischen Innovationen, die »Fortschritt als zeitlich progressive Differenz zwischen Erfahrung und Erwartung stabilisier[en]« (Koselleck 2013: 368). Die methodisch vorangetriebene Entdeckung der Natur und ihre zunehmende Beherrschung seien die Basis für die »weitergreifende innerweltliche[n] Zielbestimmungen einer Daseinsverbesserung« (Koselleck 2010: 167) gewesen. Mithin zeigt sich, dass diese Fortschrittserwartung bei einem großen Teil der von uns befragten Unbeteiligten weiterhin wirkmächtig ist. Sie hoffen auf technische Innovationen sowie energiesparsamere Geräte und vertrauen (teils blind) darauf, dass die vielfach so kritisierte politische Steuerung mit dem Instrument der Energiewende (einschließlich der Verkehrswende), den Klimawandel irgendwie doch noch im Zaum hält. Entgegen den Prognosen der Klimaforscher:innen setzen die Unbeteiligten noch immer auf die Naturbeherrschung; die Dystopie, dass die Veränderungen des Lebensraumes zukünftig den eigenen Alltag beherrschen könnten, findet sich nicht. Trotz der globalen Erderwärmung, trotz der Naturereignisse mit katastrophalen Folgen – die Befragten zeigen keine Endzeitstimmung und Apokalypseneigung. Daher gilt auch heute, was Tine Stein bereits für die Effekte der politisch-ökologischen Denker:innen in den 1970er und 1980er Jahren formulierte: Die »Kassandra-Rufe der ökologischen Mahner« (Stein 2017: 217) erfassen nicht die Massen. Trotz dieser Annahme, die Klimakrise durch entsprechende, in die Zukunft gerichtete Handlungen adressieren zu können, ist der Zukunftshorizont der Befragten nicht mehr völlig contingent. Sie wissen: Sollte sich am Ende allen Anstrengungen zum Trotz die globale Erwärmung nicht eindämmen lassen, kann die Gestaltungsfreiheit der Alternativlosigkeit weichen.⁶

6 In diesem Punkt decken sich unsere Befunde daher nicht mit dem »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts« von Christian Geulen, der für eine Umkehrung der Koselleck'schen Metaphorik plädiert und von *Erwartungsraum* und *Erfahrungshorizont* spricht (vgl. Geulen 2010: 85). Er geht davon aus, dass vielfältige Erwartungen die Gegenwart bestimmten, die

Diese latenten Einstellungen könnten von politischen Akteur:innen zukünftig durchaus stärker adressiert und somit auch mobilisiert werden, als es bisher der Fall ist.

Doch nicht nur die Zukunft verfügt über eine – im Zusammenhang mit der Energiewende und dem Klimawandel zunehmend begrenzte – Offenheit. Auch die Vergangenheit ist mehr als nur eine »Vorgeschichte der Gegenwart« und unterliegt gleichfalls Wandlungsprozessen, abhängig von den neuen Erfahrungen, unerwarteten Ereignissen oder unvorhergesehenen Entwicklungen, die im Zeitverlauf gleichfalls Teil des Erfahrungsraumes werden. Demzufolge ist die von den Unbeteiligten formulierte Perspektive auf die Energiewende und die dafür verantwortliche Politik nicht abgeschlossen. Das sinnfälligste Beispiel hierfür ist die sich über den Zeitverlauf wandelnde Zustimmung zur Atomenergie. Politiker:innen sollten sich also – so könnte an dieser Stell der Versuch eines Abschlussplädoyers lauten – stets gewahr sein, dass die Energiewende für jede eigene Gegenwart auf das Neue erklärt und begründet werden muss, damit das Projekt gelingen kann.

Literatur

- Allerbeck, Klaus R. (1980): Politische Ungleichheit. Ein Acht-Nationen-Vergleich, Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Bertsch, Valentin/Hall, Margeret/Weinhardt, Christof/Fichtner, Wolf (2016): »Public acceptance and preferences related to renewable energy and grid expansion policy: Empirical insights for Germany«, in: Energy 114, S. 465-477.
- Birrer, Andreas/Franke-Schwenk, Anja/Stein, Tine (2016): »Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft«, in: Andreas Birrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Hg.), Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft, Bielefeld: transcript, S. 9-33.
- Blühdorn, Ingolfur (2017): »Post-capitalism, post-growth, post-consumerism? Eco-political hopes beyond sustainability«, in: Global Discourse 7, S. 42-61.
- Bohnsack, Ralf (2014): Rekonstruktive Sozialforschung. Einführung in qualitative Methoden, Opladen, Toronto: Verlag Barbara Budrich.
- Brugger, Heike/Eichhammer, Wolfgang/Mikova, Nadezhda/Dönnitz, Ewa (2021): »Energy Efficiency Vision 2050: How will new societal trends influence future energy demand in the European countries?«, in: Energy Policy 152, S. 112216.
- Chenoweth, Erica/Hamilton, Barton/Lee, Hedwig/Papageorge, Nicholas/Roll, Stephen/Zahn, Matthew (2022): Who Protests, What Do They Protest, and Why? Discussion Paper, Cambridge, MA, https://www.nber.org/system/files/working_papers/w29987/w29987.pdf.
- Czada, Roland/Radtke, Jörg (2018): »Governance langfristiger Transformationsprozesse. Der Sonderfall »Energiewende«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 44-75.

Menschheit jedoch auf die konkrete Erfahrungen warte und selbst die Klimakrise keine die Erwartung begrenzende Funktion mehr einnehmen könne (ebd.).

- Delina, Laurence L. (2018): »Whose and what futures? Navigating the contested coproduction of Thailand's energy sociotechnical imaginaries«, in: Energy Research & Social Science 35, S. 48-56.
- Delina, Laurence L. (2019): Accelerating sustainable energy transition(s) in developing countries. The challenges of climate change and sustainable development (= Routledge studies in energy transitions), London: Routledge.
- Delina, Laurence L./Sovacool, Benjamin K. (2018): »Of temporality and plurality: an epistemic and governance agenda for accelerating just transitions for energy access and sustainable development«, in: Current Opinion in Environmental Sustainability 34, S. 1-6.
- Elias, Norbert (1988): Über die Zeit, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Geulen, Christian (2010): »Plädoyer für eine Geschichte der Grundbegriffe des 20. Jahrhunderts«, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History, S. 79-97.
- Haas, Tobias (2020): »Die Lausitz im Strukturwandel«, in: PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft 50, S. 151-169.
- Haas, Tobias/Sander, Hendrik (2018): »Die Energiewende als Demokratiewende? Umkämpfte Demokratisierungsprozesse in Augsburg und Berlin«, in: Jörg Radtke/Norbert Kersting (Hg.), Energiewende. Politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden, Heidelberg: Springer VS, S. 343-367.
- Hanisch, Klaudia/Messinger-Zimmer, Sören (2017): »Also ich trau da überhaupt gar keinem.« Die Konflikte aus Perspektive der Unbeteiligten, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 169-180.
- Hettling, Manfred/Schieder, Wolfgang (2021): »Theorie des historisch Möglichen. Zur Historik von Reinhart Koselleck«, in: Manfred Hettling/Wolfgang Schieder (Hg.), Reinhart Koselleck als Historiker. Zu den Bedingungen möglicher Geschichten, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 9-60.
- Hoeft, Christoph (2017): »Zwischen »Hoffnungslosen« und »heinlichen AktivistInnen«. Typen der Nicht-Beteiligung«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 181-194.
- Hoeft, Christoph/Messinger-Zimmer, Sören/Zilles, Julia (2017): »Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Ein Fazit in neun Thesen«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 235-254.
- Hohnholz, Sebastian (2021): »Die (und-)endliche Geschichte. Reinhart Kosellecks ›Historik‹ zwischen geschichtswissenschaftlicher Methodologie und Politischer Theorie«, in: Manfred Hettling/Wolfgang Schieder (Hg.), Reinhart Koselleck als Historiker. Zu den Bedingungen möglicher Geschichten, Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, S. 371-401.
- Jänicke, Martin (2013): »Die deutsche Energiewende im Kontext internationaler Best Practice«, in: Jörg Radtke/Bettina Hennig (Hg.), Die deutsche »Energiewende« nach

- Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte, Marburg: Metropolis-Verl., S. 77-106.
- Kamlage, Jan-Hendrik/Engler, Steven/Sponheuer, Sebastian (2019): »Zielkonflikte und Spannungsverhältnisse in der Energiewende aus sozial- und kulturwissenschaftlicher Perspektive«, in: Jan-Hendrik Kamlage/Steven Engler (Hg.), Dezentral, partizipativ und kommunikativ – Zukunft der Energiewende, Nordhausen: Verlag Traugott Bautz GmbH, S. 11-32.
- Klecha, Stephan/Marg, Stine/Butzlaff, Felix (2013): »Wie erforscht man Protest? Forschungsdesign und Methodik«, in: Stine Marg/Franz Walter/Lars Geiges et al. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?; BP-Gesellschaftsstudie, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt, S. 14-47.
- Koselleck, Reinhart (2013): »Erfahrungsraum und ›Erwartungshorizont‹ – zwei historische Kategorien«, in: Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, S. 349-375.
- Krüger, Timmo (2021): »Energiekonflikte und Demokratiekrisse. Eine radikaldemokratische Perspektive auf das Ringen um Gemeinwohlziele der Energiewende«, in: Zeitschrift für Politikwissenschaft 31, S. 539-563.
- Lamping, Wolfram (2015): »Bringing Climate Change Home – Verzeitlichung und Vergegenwärtigung in der lokalen Klimapolitik«, in: Holger Straßheim/Tom Ulbricht (Hg.), Zeit der Politik: Demokratisches Regieren in einer beschleunigten Welt, Baden-Baden: Nomos, S. 172-191.
- Luhmann, Niklas (1981): Soziologische Aufklärung 3. Soziales System, Gesellschaft, Organisation, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Lütjen, Torben (2016): Partei der Extreme: Die Republikaner, Bielefeld: transcript.
- Makropoulos, Michael (2011): »Historische Semantik und Positivität der Kontingenz. Modernitätstheoretische Motive bei Reinhart Koselleck«, in: Begriffene Geschichte, Berlin: Suhrkamp, 2011, S. 481-513.
- Marg, Stine (2017): »Ich kann einfach nicht mehr vertrauen.« Demokratie- und Legitimitätsvorstellungen«, in: Christoph Hoeft/Sören Messinger-Zimmer/Julia Zilles (Hg.), Bürgerproteste in Zeiten der Energiewende. Lokale Konflikte um Windkraft, Stromtrassen und Fracking, Bielefeld: transcript, S. 207-220.
- Marg, Stine (2019): »Nach Pegida – Politische Orientierungen junger Menschen. Fokusgruppen als Instrument zur Deutungsmusteranalyse«, in: Nicole Bögelein/Nicole Vetter (Hg.), Der Deutungsmusteransatz. Bestandsaufnahme und methodologische Fortentwicklung, Weinheim: Beltz Verlagsgruppe, S. 107-127.
- Marquardt, Jens/Delina, Laurence L. (2019): »Reimagining energy futures: Contributions from community sustainable energy transitions in Thailand and the Philippines«, in: Energy Research & Social Science 49, S. 91-102.
- Messinger-Zimmer, Sören/Hanisch, Klaudia/Hoeft, Christoph/Zilles, Julia (2019): »Wahrgenommener Einfluss. Protestbilder und Anpassungsstrategien von Protestadressaten in lokalen Konflikten um Energiewendeprojekte«, in: Jörg Radtke/Weert Canzler/Miranda A. Schreurs et al. (Hg.), Energiewende in Zeiten des Populismus, Wiesbaden: Springer VS, S. 361-389.
- Mills, Jon (2020): »The Global Bystander Effect: Moral Responsibility in Our Age of Ecological Crisis«, in: Journal of Future Studies 25, S. 61-76.

- Nassehi, Armin (2008): *Die Zeit der Gesellschaft. Auf dem Weg zu einer soziologischen Theorie der Zeit*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Osička, Jan/Kemmerzell, Jörg/Zoll, Maksymilian/Lehotský, Lukáš/Černoch, Filip/Knodt, Michèle (2020): »What's next for the European coal heartland? Exploring the future of coal as presented in German, Polish and Czech press«, in: *Energy Research & Social Science* 61, S. 101316.
- Paech, Niko (2019): *Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie*, München: oekom verlag.
- Pollmer, Cornelius (2020): »Endspiel in der Lausitz?«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 70, S. 4-7.
- Radtke, Jörg (2020): »Das Jahrhundertprojekt der Nachhaltigkeit am Scheideweg. Wie kann die Energiewende in Deutschland breite gesellschaftliche Unterstützung finden?«, in: *Zeitschrift für Politikwissenschaft* 30, S. 97-111.
- Radtke, Jörg (2022): »Schnell oder demokatisch? Dilemmata demokratischer Beteiligung in der Nachhaltigkeitstransformation«, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ)* 72, S. 35-40.
- Radtke, Jörg/Hennig, Bettina (2013): »Einleitung: Die »Energiewende« in Deutschland als Gegenstand interdisziplinärer Forschung«, in: Jörg Radtke/Bettina Hennig (Hg.), *Die deutsche »Energiewende« nach Fukushima. Der wissenschaftliche Diskurs zwischen Atomausstieg und Wachstumsdebatte*, Marburg: Metropolis-Verl., S. 13-20.
- Reckwitz, Andreas (2016): »Zukunftspraktiken. Die Zeitlichkeit des Sozialen und die Krise der modernen Rationalisierung der Zukunft«, in: Frank Becker/Benjamin Scheller/Ute Schneider et al. (Hg.), *Die Ungewissheit des Zukünftigen. Kontingenz in der Geschichte*, Frankfurt, New York: Campus Verlag, S. 31-54.
- Reusswig, Fritz/Braun, Florian/Heger, Ines/Ludewig, Thomas/Eichenauer, Eva/Lass, Wiebke (2016): »Against the wind: Local opposition to the German Energiewende«, in: *Utilities Policy* 41, S. 214-227.
- Rosa, Hartmut (2005): *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Ruzzamenti, Franco/Wagner, Aleksandra (2018): »Efficiency and the Rebound Effect in the Hegemonic Discourse on Energy«, in: *Nature and Culture* 13, S. 356-377.
- Schmieder, Falko (2020): »Sozialtheoretische und begriffsgeschichtliche Aspekte des Problems der Beschleunigung der Geschichte. Überlegungen im Ausgang von Reinhard Koselleck«, in: *Revista de historiografía*, S. 121-134.
- Selk, Veith/Kemerzell, Jörg/Radtke, Jörg (2019): »Demokratiefälle? Probleme der Energiewende zwischen Expertokratie, partizipativer Governance und populistischer Reaktion in der«, in: Jörg Radtke/Weert Canzler/Miranda A. Schreurs et al. (Hg.), *Energiewende in Zeiten des Populismus*, Wiesbaden: Springer VS, S. 31-66.
- Smith, Jessica M./Tidwell, Abraham S. (2016): »The everyday lives of energy transitions: Contested sociotechnical imaginaries in the American West«, in: *Social studies of science* 46, S. 327-350.
- Sovacool, Benjamin K. (2016): »How long will it take? Conceptualizing the temporal dynamics of energy transitions«, in: *Energy Research & Social Science* 13, S. 202-215.

- Sovacool, Benjamin K. (2019): *Visions of energy futures. Imagining and innovating low-carbon transitions (= Routledge studies in energy transitions)*, London, New York, earthscan from Routledge: Routledge.
- Sovacool, Benjamin K./Geels, Frank W. (2016): »Further reflections on the temporality of energy transitions: A response to critics«, in: *Energy Research & Social Science* 22, S. 232-237.
- Sovacool, Benjamin K./Kester, Johannes/Noel, Lance/Rubens, Gerardo Z. de (2019): »Contested visions and sociotechnical expectations of electric mobility and vehicle-to-grid innovation in five Nordic countries«, in: *Environmental Innovation and Societal Transitions* 31, S. 170-183.
- Stein, Tine (2017): *Endliche Welt und offene Zukunft. Die Verarbeitung von Endlichkeit um ökologischen politischen Denken der siebziger und achtziger Jahre*, in: Andreas Bahrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Hg.), *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 199-219.
- Tauschek, Markus (2016): »»Energie-Pioniere«. Eine kulturanthropologische Forschungsskizze zu Endlichkeit und Agency im Kontext erneuerbarer Energien«, in: Andreas Bahrer/Anja Franke-Schwenk/Tine Stein (Hg.), *Endlichkeit. Zur Vergänglichkeit und Begrenztheit von Mensch, Natur und Gesellschaft*, Bielefeld: transcript, S. 311-330.
- Tidwell, Jacqueline H./Tidwell, Abraham S. (2018): »Energy ideals, visions, narratives, and rhetoric: Examining sociotechnical imaginaries theory and methodology in energy research«, in: *Energy Research & Social Science* 39, S. 103-107.
- Wagner, Aleksandra/Matuszek, Krzysztof C. (2022): »Time for transition – Temporal structures in energy governance in contemporary Poland«, in: *Futures* 140, S. 1-14.
- Zoellner, Jan/Schweizer-Ries, Petra/Wemheuer, Christin (2008): »Public acceptance of renewable energies: Results from case studies in Germany«, in: *Energy Policy* 36, S. 4136-4141.